

Rede  
Kiel, 10.10.2002

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## Sauerstoffmangel in der Ostsee

Vor etwa einem Monat hat meine geschätzte Kollegin Anke im Zusammenhang mit der Hochwasserkatastrophe deutlich gemacht, dass es unbestritten ist, dass der Mensch viele Unwetterkatastrophen selbst zu verantworten hat. So macht auch der Bericht der Landesregierung zum Sauerstoffmangel in der Ostsee deutlich, dass das Ausmaß der Situation in der Ostsee neben einer Reihe natürlicher Faktoren besonders auf menschliche Einflüsse zurückzuführen ist - dies gilt insbesondere für die Nährstoff- und Nitrateinträge die über Wasser und Luft in die Ostsee gelangen.

Seit mehreren Wochen können wir in den Medien verfolgen, wie sich die Situation in der Ostsee immer weiter verschlechtert. Der abnehmende Sauerstoffgehalt in weiten Teilen der Ostsee setzt Flora und Fauna erheblich zu und hat stellenweise zu massivem Fischsterben geführt. Auch wenn es jetzt den Anschein hat, dass wir in Schleswig-Holstein noch recht glimpflich davon kommen werden, misst man in Bereichen der dänischen Ostsee den seit 25 Jahren niedrigsten Sauerstoffgehalt. Gerade in den Bereichen um Fyn und in zentralen Bereichen des Øresund ist der Sauerstoffgehalt nahe Null. Niedrige Sauerstoffgehalte in der Ostsee sind aber kein neues Phänomen. Auch aus älteren geologischen Perioden ist dies bereits bekannt. Das Beunruhigende hieran ist jedoch, dass kritisch niedrige Sauerstoffgehalte besonders in den letzten Jahren deutlich zugenommen haben.

Bereits in den 80er Jahren wurden daher Übereinkommen der Ostseeanrainerstaaten im Rahmen des Helsinkiübereinkommens getroffen, die eine 50 %-ige Reduzierung von Stickstoff und Phosphor zu Ziel hatten.

Hier hat besonders eine Forcierung des Kläranlagenbaus in den ehemaligen Ostblockländern zu einer teilweisen Verbesserung geführt. Jedoch trägt immer noch der Nährstoffeintrag durch die Landwirtschaft maßgeblich zur Verschlechterung in der Ostsee bei. Dies geht auch deutlich aus dem Bericht hervor.

Die Frage ist also, was müssen wir auf den Weg bringen, um eine Verbesserung der Situation herbeizuführen. Hier geht der Bericht auf eine Reihe von Maßnahmen ein, die Erfolg versprechend sein werden. Der SSW unterstützt die im Bericht genannten Maßnahmen, die eine Weiterentwicklung der ordnungsgemäßen Landwirtschaft - im Sinne der guten fachlichen Praxis - fordern ebenso wie die Extensivierung der Bewirtschaftungsformen in Gewässerbereichen.

Auch wenn spontane Gegenmaßnahmen jetzt nicht greifen und wir laut Umweltminister Müller zurzeit nur einen Regentanz aufführen können, müssen wir uns endlich klar darüber werden, was alle Ostseeanrainer umsetzen müssen, um den Zustand zu verbessern.

Erste Schritte sind natürlich die Umsetzungen von EU-Verordnungen. So ist neben der Novellierung der EU-Düngeverordnung auch die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie wichtig. Hiermit wird eine EU-weit einheitliche Grundlage für eine zukunftsfähige und nachhaltige Wasserwirtschaft geschaffen. Alle europäischen Gewässer sollen somit in einen guten ökologischen Zustand versetzt werden, indem sie naturnah gestaltet und gefährliche Stoffe vom Wasser ferngehalten werden.

Unsere Nachbarn nördlich der Grenze haben bereits früh den Zusammenhang zwischen Wasser, Landwirtschaft und Industrie erkannt und 1987 einen ersten nationalen Wasserschutzplan eingeführt, der heute bereits zu ersten Erfolgen in dänischen Gewässern geführt hat.

Doch selbst wenn wir heute bereits Verbesserungen herbeiführen können, kann uns das Problem im Zusammenwirken bestehender Altlasten und natürlicher Faktoren in den nächsten Jahren immer wieder einholen. Darüber müssen wir uns im klaren sein.

Und auch wenn der Dezernent für Küstengewässer im schleswig-holsteinischen Landesamt für Natur und Umwelt die Ostsee als ein "Stehaufmännchen-System" bezeichnet und dass die Gebiete, die jetzt vielleicht absterben, im nächsten Frühjahr wieder neu besiedelt werden können, müssen wir unsere Erkenntnisse zum Schutz der Ostsee nutzen und handeln.